

Evangelische Freikirchen im Nationalsozialismus*

Klaus Fitschen

Die Veranstaltung, federführend organisiert von Imanuel Baumann (Institut für Geschichte der Universität Halle) und Johannes Hartlapp (Theologische Hochschule Friedensau), stand inhaltlich in der Folge einer am gleichen Ort im Jahre 2014 durchgeführten Tagung zu „Freikirchen in der DDR“. Schon auf dieser ersten Tagung spielte das freikirchliche Handlungsmotiv der Bewahrung der Identität mitsamt der Bewahrung des Besitzes und der Missionsmöglichkeiten eine wesentliche Rolle. Dies verband sich wiederum mit einer Haltung, die sich als unpolitisch bezeichnen lässt, auch im Vergleich zur Zeit des „Dritten Reiches“, in der sehr viel mehr positive politische Äußerungen aus den Reihen der Freikirchen kamen.

Aus der Tagung über die Freikirchen in der DDR hatten sich Perspektiven ergeben, die für das Thema „Freikirchen im Nationalsozialismus“ in Form von fünf Leitfragen formuliert wurden, die in den Vorträgen und Diskussionen in unterschiedlicher Intensität Berücksichtigung fanden. Der folgende Bericht wird sich primär auf die ersten beiden Perspektiven beziehen.

1. Wie ist die Haltung gegenüber dem Staat, wie die Sicht des Staates auf die Freikirche?
2. Wie sind theologische Reaktionsweisen zu beschreiben?
3. Gab es innergemeinschaftliche Konflikte?
4. Wie ist die gesellschaftliche, soziale Dimension?
5. Wie ist der Umgang damit nach 1945?

Der erste Tag stand unter dem Thema „Freikirchen und Staat“. Dieses wurde von Andrea Strübind (Universität Oldenburg) in einem Einleitungs- und Überblicksvortrag erschlossen. Vermerkt wurde hier auch, dass die Erforschung der Freikirchen im Nationalsozialismus erst spät begonnen und sich die Aufmerksamkeit zuvor auf die Landeskirchen konzentriert hatte. Strübind riet zu einer differenzierten

* Bericht über eine Tagung in der Evangelischen Akademie Thüringen, Zinzendorfhaus Neudietendorf, 2./3. März 2017.

Sichtweise: Zwischen den Freikirchen ist, schon ihrer unterschiedlichen Organisationsformen wegen, zu unterscheiden, und die relative Autonomie der Gemeinden in manchen Freikirchen lässt eigentlich nur den Weg über eine Geschichte von unten zu, was wiederum kaum und bei den Anhängern der Pfingstbewegung gar nicht zu leisten ist. Umgekehrt ging auch der Staat einen differenzierten Weg, wenn er einerseits Freikirchen zu Vereinnahmungen versuchte und andererseits das „Sektenwesen“ bekämpfte. Während die Baptisten als angepasst galten, hielt man die Adventisten für gefährlich. Dementsprechend scheiterten Versuche, sie miteinander gleichzuschalten. Allerdings standen die Freikirchen nicht gerade im Vordergrund des staatlichen Interesses, sie befanden sich eher im Windschatten der Kirchenpolitik gegenüber den großen Kirchen und schienen allenfalls im Einzelfall als angepasste Vorzeigekirchen tauglich. Für die meisten Freikirchen stand umgekehrt die Suche nach einem *modus vivendi* mit dem nationalsozialistischen Staat im Vordergrund, und somit die Bewahrung ihrer Organisationsformen und Evangelisationsmöglichkeiten sowie der Wunsch nach staatlicher Anerkennung. Dementsprechend spielten sie im „Kirchenkampf“ keine Rolle und versuchten sich an einem neutralen Kurs.

Zu den auf der Tagung thematisierten Freikirchen zählten die Mennoniten. Astrid von Schlachta (Leiterin der mennonitischen Forschungsstelle Weierhof) machte unter der Überschrift „Vereint leben oder einzeln zugrunde gehen? Die Mennoniten in der NS-Zeit zwischen Einheitskirche und Kongregationalismus“ deutlich, dass diese Freikirche (bzw. ihre Vertreter in den einzelnen Gemeinden) die neue politische Ordnung gutgeheißen und sich von ihr neue Möglichkeiten versprochen hatte, die aber nur um den Preis der Ausbildung einer stärkeren Gesamtorganisation realisierbar schienen. Es stellten sich also Verfassungs- und Bekenntnisfragen, die aber unter den sehr verschiedenen Gemeinden sehr kontrovers diskutiert wurden, und so kam es auch zu keiner Einigung. Die innere Diversität stand also einer Gleichschaltung entgegen. Thomas Nauerth (Universität Osnabrück) befasste sich mit einer im Umkreis der Mennoniten stehenden Gruppierung in seinem Vortrag: „Alles Gute für Adolf Hitler‘ – Der Rhönbruderhof und das Problem der Obrigkeit nach 1933“. Im Mittelpunkt stand hier die Entwicklung

eines eigenen Hitlergrußes: „Alles Gute für Adolf Hitler, alles Heil durch Christus“.

Den „Weg der Siebenten-Tags-Adventisten im Dritten Reich“ stellte Johannes Hartlapp dar. Sein Beitrag beruhte wie auch die anderer Referentinnen und Referenten auf einer längeren wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Thematik. Im Mittelpunkt seines Vortrages stand eine Denkschrift, die die Kirchenleitung im Dezember 1933 nach einem kurzzeitigen Verbot der Adventisten verfasst hatte, und die als Reaktion auf das Verbot eine deutliche Zustimmung zum Nationalsozialismus enthielt.

Mit den Baptisten- und Brüdergemeinden befasste sich Andreas Liese (Bielefeld). Hier wurde nochmals deutlich, dass im Zweifel die Loyalität zum Staat entscheidend war, und sich das auch aus der langen Diskriminierungsgeschichte erklären lässt. Die Baptisten galten als internationale Sekte, was dazu führte, dass sie sich einerseits von ihren internationalen Verbindungen distanzieren, sich aber andererseits auch als Propagandisten für den NS-Staat benutzen ließen.

Herbert Strahm (Affoltern am Albis) stellte Thesen zum Weg der Methodistenkirche im „Dritten Reich“ vor, die mit dem allgemeinen Befund übereinstimmen: Die Methodisten passten sich teils willig an und ließen sich auch instrumentalisieren. Dazu trug das Selbstbewusstsein bei, man werde gebraucht und sei nützlich für den Aufbau der „Volksgemeinschaft“.

Der zweite Tag stand unter dem Oberthema „Evangeliumsverkündigung um jeden Preis“. Dieses wurde von Johannes Hartlapp in einem Einleitungs- und Überblicksvortrag erschlossen. „Die Freikirchen handelten pragmatisch“, so seine Diagnose, sie reagierten aus Angst und passten sich darum an, ohne sich aber vereinnahmen zu lassen. Dass Autoritätshörigkeit nicht nur die Sache des landeskirchlichen Protestantismus gewesen war und der Umgang mit der Bibel ebenfalls situativ gehandhabt worden war, machte Hartlapp deutlich. Auch er verwies auf die Doppelstrategie des Staates, die Freikirchen zu bedrängen und sie andererseits dazu zu bewegen, für Deutschland im Ausland Propaganda zu machen.

Beispielhaft für dieses Themenfeld wurden das Verhalten der Zeugen Jehovas von Detlef Garbe (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) und die Geschichte der völkisch-religiösen Bewegung im „Dritten Reich“ von Uwe Puschner (FU Berlin) vorgestellt.

Das Thema „Freikirchen und Juden“ wurde gesondert von Daniel Heinz (Theologische Hochschule Friedensau) bearbeitet. Die Freikirchen, so das Ergebnis, verhielten sich nicht anders und somit auch nicht besser als die Landeskirchen.

In den Kommentaren und Diskussionen wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Freikirchen schwerwiegenden Einschränkungen unterworfen waren, zu denen auch das Unmöglichmachen des adventistischen Sabbats, das Verbot der Mission und Eingriffe in die Organisationsform gehörten. Andererseits oder gerade deshalb kam es seitens der Freikirchen zu Einverständniserklärungen und Anpassungen gegenüber dem nationalsozialistischen Staat. Zu den Grundfragen, die in den Diskussionen der Vorträge zur Sprache kamen, zählte auch die, ob die unpolitische Haltung vieler Vertreter der Freikirchen diese nicht vor einer stärkeren Politisierung im Sinne des Nationalsozialismus bewahrt habe. Hier allerdings lautete die fast klassische Rückfrage, ob nicht gerade das Unpolitische das Politische gewesen sei.

Generell war die Tagung, deren Beiträge zu einem guten Teil von Fachleuten aus den Freikirchen kamen, von einem hohen Grad an Selbstreflexion und Selbstkritik bestimmt. Die Freikirchen, so auch die Selbsteinschätzung, haben hierin nach langem Schweigen zu den Landeskirchen aufgeschlossen. Genau wie in diesen gab es Resistenz, aber keinen Widerstand. Es gab Zustimmung zum Nationalsozialismus, aber keine Organisation, die den Deutschen Christen vergleichbar gewesen wäre – freilich waren die Freikirchen auch sehr klein. Sie partizipierten jedenfalls an einem gesamtprotestantischen Habitus, der obrigkeitsfixiert und nationalistisch ausgerichtet war, der die Konstruktion eines Volkstums guthieß und der auch den Verheißungen des Nationalsozialismus vertraute. Dies schloss Resistenz und Widerständigkeit einzelner Mitglieder nicht aus und verhinderte auch nicht, dass Menschen, die keine dezidiert oppositionelle Haltung hatten, zu Opfern wurden.